

II-3794 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 74.944/2-5/74

Parlamentarische Anfrage Nr. 1805/J
an den Bundeskanzler betreffend Durch-
führung des bereits genehmigten mittel-
fristigen Investitionsprogrammes für
das Werk "Styria Judenburg"

1491/A.B.

zu 1805/J.

Präs. am 26. Nov. 1974

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat BURGER, Ing. LETMAIER, SCHROTTNER und Genossen haben am 22. Oktober 1974 unter der Nr. 1805/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Durchführung des bereits genehmigten mittelfristigen Investitionsprogrammes für das Werk "Styria Judenburg" gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Der Bau der Elektro-Schlackenumschmelzanlage für die Styria in Judenburg ist im mittelfristigen Investitionsprogramm enthalten. Die Belegschaftsvertretung des Werkes Judenburg wartet auf eine diesbezügliche positive Entscheidung deshalb, weil damit weitestgehend die Sicherheit der Arbeitsplätze, ja sogar teilweise die Existenz des Werkes davon abhängt. Die Belegschaftsvertretung drängt deshalb energisch auf den baldigen Bau, weil im Zeitalter der sogenannten Mitsprache die bevorstehende Fusion der Edelstahlindustrie durch das Fernsehen in Erfahrung gebracht werden mußte und nicht durch die zuständigen Organe."

Der geschäftsführende Betriebsratsobmann STURM mit seinen Betriebsräten befürchtet, daß die Entscheidung im Edelstahlausschuß

deshalb solange verzögert wird, weil man annimmt, daß zuerst die Fusionierung der Edelstahlindustrie durchgeführt wird und notwendige Investitionen einer späteren für die Styria ungünstigen Entscheidungen zum Opfer fallen.

Die industrielle Strukturveränderung im Raum Aichfeld-Murboden macht schon im Hinblick auf den Bergbau Fohnsdorf die Durchführung dieser Investitionen notwendig.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

Werden Sie, Herr Bundeskanzler, Ihr Versprechen, daß das beschlossene mittelfristige Investitionsprogramm in vollem Umfang, womit u.a. der Bau eines 12-to-E1-Ofens und die ESU-Anlage gemeint ist, einhalten?"

Ich beeindre mich diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die bei der Konzernierung der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie seinerzeit in Rede gestandenen mittelfristigen Investitionsprogramme der ehemaligen Alpine und VÖEST sind in der Zwischenzeit im wesentlichen nach entsprechender Koordinierung durchgeführt worden bzw. in Realisierung.

Was die beiden gegenständlichen Investitionen betrifft, stellen diese Vorhaben dar, die nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit der Produktionsspezialisierung und -abgrenzung innerhalb des gesamten Spezialstahlbereiches (Edelstahlbereiches) des Konzerns gesehen werden müssen. Die Grundsätze für eine solche werden das Ergebnis der von der VÖEST-Alpine mit Nachdruck angestellten und schwierigen Koordinierungsüberlegungen sein, die mit der gebotenen Dringlichkeit in nächster Zeit abgeschlossen werden.

Die Errichtung einer ESU-Anlage im Werk Judenburg der Steirischen Gußstahlwerke AG wird von der VÖEST-Alpine grundsätzlich positiv beurteilt. Eine endgültige Entscheidung kann

- 3 -

aus wohlbegründeten technisch-wirtschaftlichen Argumenten allerdings erst zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die erwähnten Grundsätze der Produktionsspezialisierung und -abgrenzung im Spezialstahlbereich vorliegen.

Die Entscheidung über die Errichtung eines 12 to Elektroofens im gleichen Werk wird auf Grund einer genauen technisch-wirtschaftlichen Analyse erfolgen. Die Leitung der Steirischen Gußstahlwerke AG hat die Anlage in das Investitionsprogramm 1975 aufgenommen.

Mit der geplanten Koordinierung auch in diesem Sektor werden aber jedenfalls die Arbeitsplätze weiter gesichert, wie schon die große Eisen- und Stahlfusion zeigte.

25. November 1974

faw